Nummer 31

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 20. Januar 1926

An Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unter Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter handelsteil ID yunk Berlin Polit. Leiter Dr. Paul Gebrel Berlin Kunst Wissenschaft und Lokales S. Köppen Berlin-Friedenau Inseratenteil H. Hangjergeorg Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8 Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669: für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2483

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche vollmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 300 Dinar für den Monat Januar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die neue Regierung Luther zustandegekommen.

Ein Erfolg des Reichspräsidenten. — Zustimmung der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten.

Der Ankündigung gemäß empfing, nach einer kurzen Besprechung mit Dr. Luther, Reichspräsident v. Hindenburg gestern nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Betracht kommenden Parteien. Es waren erschienen: für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für das Zentrum Marx, für die Bayerische Volkspartei D. Leicht, für die Demokraten Koch, Dr. Haas und Erkelenz. Der Reichspräsident gab den Herren folgende Erklärung ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immer noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.

Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre reflexiven Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Weitere Erörterungen knüpften sich an diese Ansprache nicht. Die Parteiführer begaben sich sodann mit Dr. Luther in die Reichskanzlei, wo ihnen dieser seine Ministerliste vorlegte, die ohne weitere Diskussion entgegengenommen wurde. Die Liste hat folgende Zusammensetzung:

Reichskanzler: Dr. Luther,
Aeußeres: Dr. Stresemann (Dvp.),
Inneres: Dr. Külz (Dem.),
Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.),
Wirtschaft: Dr. Curtius (Dvp.),
Justiz und besetzte Gebiete: Marx (Ztr.),
Reichswehr: Dr. Geßler (Fachminister),
Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.),
Post: Stingl (Bvp.),
Verkehr: Krohne (Fachminister).

Das Ernährungsministerium wird, wenn möglich, mit einem dem Zentrum nahestehenden Minister besetzt werden. Erweist sich das in absehbarer Zeit nicht als möglich, so wird Dr. Luther das Ministerium mit verwalten.

Die Fraktionsführer begaben sich in den Reichstag, wo ihre Fraktionen alsbald zur Besprechung zusammentraten. Deutsche Volkspartei und Zentrum wiederholten ihre Zustimmung zu der Liste und auch die Bayerische Volkspartei erklärte nach kurzer Sitzung, daß sie sich mit diesem Vorschlage Dr. Luthers einverstanden erklären könne. Die Fraktionssitzung der Demokraten zog sich sehr in die Länge.

In dieser Sitzung der Fraktion der Demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers für das Kabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er „bei der durch fremdes Verschulden auf die Fraktion und ihren Führer zugespitzten Lage" nicht einem zu bildenden Kabinett anzugehören wünsche, und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte, in der die Fraktion sich darüber einig war, „daß Gründe und Gegengründe sich fast die Waage hielten", folgende Entschließung gefaßt:

„Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Külz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden im vollen Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann."

Diese Entschließung wurde nach fast vierstündiger Debatte mit 10 zu gegen 10 Stimmen angenommen, wobei die Stimme des Fraktionsvorsitzenden Koch den Ausschlag gab. Damit hatten die Demokraten der Liste Dr. Luthers zugestimmt und die Bildung der Regierung Luther ermöglicht. Der Reichspräsident wird nunmehr die Ernennungen Dr. Luthers und der übrigen, in der obigen Liste aufgeführten Herren vornehmen.

*

Für die deutsche Politik der nächsten Zukunft ist der Gegenstand der schweren Auseinandersetzungen, die sich zwischen den Mittelparteien in den letzten Tagen abgespielt haben, gleichgültig. Für den Gang der Ereignisse ist es unerheblich, ob der Innenminister Koch oder Külz heißt. Der Posten ist von der demokratischen Partei besetzt und sein Inhaber wird gemäß den Vorschriften seiner Partei handeln. Die Hauptsache ist, daß Dr. Luther, dessen neuer Kanzlerschaft eine große Mehrheit des deutschen Volkes mit Hoffnung entgegenblickt, mit Energie seines Amtes walten und nicht nur der geschäftsführende Vorsitzende des Kabinettes, sondern der tatkräftige Leiter der Reichspolitik ist. Der bisherigen Außenpolitik Dr. Luthers haben wir nicht folgen können. Um so mehr hoffen wir, daß in der inneren Politik, in der vorläufig die neue Regierung ihr Hauptbetätigungsfeld zu suchen hat, das Kabinett Luther nicht den Lockungen und Drohungen des Marxismus erliegt. Hier werden wir das Programm der neuen Regierung und seine Durchführung abzuwarten haben. Zeigt Dr. Luther, daß er entschlossen den Weg zur Rettung des deutschen Volkes, der deutschen Wirtschaft gehen will, so wird er der Unterstützung aller Vernünftigen sicher sein.

*

Amtlich wird folgende Meldung ausgegeben:

Berlin, 19. Januar.

Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

— **Die Demokratische Reichstagsfraktion** hat, veranlaßt durch das Schwerwiegende ihres Beschlusses in der Frage der Regierungsbildung, den Parteiausschuß auf Sonntag, den 24. Januar, nach Berlin einberufen. — Der Parteivorstand ist auf Sonnabend, 2 Uhr nachmittags, zusammenberufen worden.

v. Hoesch bei Briand.

Besprechung über die Besatzungsstärke in der zweiten und dritten Zone.

Paris, 19. Januar.

Nachdem Botschafter v. Hoesch bereits vor einigen Tagen mit dem Generalsekretär im Außenministerium Philippe Berthelot die Frage der Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone besprochen hatte, hat er nunmehr heute Abend mit dem Ministerpräsidenten Briand hierüber verhandelt und ihm den Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage klargelegt. Die Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde.

Kein Abbruch der Pariser Luftfahrtverhandlungen

In einem Berliner Blatt wurde gestern abend die Mitteilung verbreitet, daß die Luftfahrtverhandlungen in Paris so gut wie abgebrochen seien und daß die Abreise der deutschen Delegierten aus Paris bevorstehe. Wie die Mtd-Korrespondenz aus gutunterrichteten Luftfahrtkreisen erfährt, ist diese Meldung unzutreffend. Es sind in den Pariser Luftfahrtverhandlungen lediglich ein paar Tage Pause erfolgt, wie sie notwendig ist zur Sichtung des aufgelaufenen Materials und zur Berichterstattung nach Berlin. Die Verhandlungen werden sehr wahrscheinlich bereits heute in Paris wieder aufgenommen, stehen jedenfalls vor ihrer unmittelbaren Fortsetzung. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ist auf deutscher Seite mit einem Abbruch der Verhandlungen nicht zu rechnen, wenn auch gewisse Schwierigkeiten weiterhin bestehen, weil die deutsche Delegation auch weiterhin unbedingt den Standpunkt der völligen Gleichberechtigung für Deutschland vertritt, ein Standpunkt, zu dem sich die Gegenseite bisher immer noch nicht im vollen Umfange bekennen will.

Von anderer Seite wird uns hierzu noch mitgeteilt, daß man in unterrichteten Kreisen augenblicklich wieder ziemlich optimistisch hinsichtlich des weiteren Ganges der Verhandlungen urteilt. Die Diskussion über die Frage der sportlichen Betätigung, die bekanntlich zu Differenzen mit der Botschafterkonferenz geführt hatte, soll in den letzten Tagen etwas zurückgetreten sein, ebenso wie die Frage einer Kontingentierung der deutschen Piloten.

W. T. B. meldet hierzu:

Paris, 19. Januar.

Die Luftfahrtverhandlungen werden, nachdem die letzten Tage sich geheint haben, über bestimmte Fragen auf Teilgebieten eine Klärung herbeigeführt, am Donnerstag in Kommissionssitzungen fortgesetzt werden.

Sturmszenen im ungarischen Parlament.

Graf Bethlen über die Frankenfälschungsaffäre.

Budapest, 19. Januar.

Die Sitzung der ungarischen Nationalversammlung wurde um 12¼ Uhr eröffnet. Präsident Szcitovszky gab zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt: Nach unserer letzten Sitzung ist die ungarische Nation in den Mittelpunkt einer traurigen Weltsensation gerückt durch das nicht genug zu verurteilende Verbrechen der Frankenfälschungen, das nicht nur das viele Opfer erheischende, jedoch aussichtsreiche Sanierungswerk, sondern auch den guten Ruf des Landes bedroht. Ich glaube unter allgemeinem Beifall den Leitgedanken und den Willen aller in der gegenwärtigen Lage dahin zusammenfassen zu können, daß zur baldigsten Aufklärung der Fälschungen alles geschieht, was das Gesetz und das über alles erhabene Wohl des Vaterlandes gebietet. (Allgemeiner Beifall und Händeklatschen.)

Als sich hierauf Ministerpräsident Bethlen zum Wort meldet, bricht die äußerste Linke in ohrenbetäubenden Lärm aus und ruft im Chor: Abdanken, abdanken! Dem Grafen Bethlen, der ruhig auf seinem Platze sieht, bringt die Regierungspartei, sich von den Sitzen erhebend, stürmische Ovationen dar, wodurch die Linke sich zu noch heftigeren Ausdrücken veranlaßt sieht, was wiederholt Ordnungsrufe von seiten des Präsidenten zur Folge hat. Sowie sich der Ministerpräsident wieder zum Sprechen anschickt, bricht der Sturm von Neuem los.

Von Zwischenrufen fortwährend unterbrochen, erklärt

Graf Bethlen:

Ich will die Nationalversammlung ausführlich über die Ansichten und Absichten der Regierung unterrichten. Ich will der Verantwortlichkeit nicht ausweichen, Einzelheiten über die Erhebungen kann ich nicht mitteilen, dies wird erst nach Abschluß der Untersuchung möglich sein. Die Sache befindet sich gegenwärtig vor dem Gericht. Die Feststellung der Tatsachen ist nicht Aufgabe der Regierung, sondern des Gerichts. Die Regierung wird mit allen Kräften alle Einzelheiten der Angelegenheit und auch politische Hintergründe, sofern es solche gibt, aufzuklären suchen. Verschiedentlich ist behauptet worden, geheime Mächte hinderten die Behörden an der Aufdeckung der Angelegenheit; andererseits wird auch der gute Wille gewisser Parteien, ja sogar der Regierung und hoher öffentlicher Beamter in Zweifel gezogen. Mag es geheime Mächte geben, mag es sich um Verleumdungen handeln, alles muß aufgedeckt werden,

Wir stehen vor einer großen Konfrontation,

und diese wird auch erfolgen. Die Hände der Regierung sind vollkommen frei. Sie wird die Untersuchung zu Ende führen; und da sie die Macht in der Hand hat, wird sie auch die Macht besitzen, um jede Störung der Untersuchung zu vereiteln.

Der Ministerpräsident gibt sodann auf Grund der amtlichen Untersuchung Aufschluß darüber, wie Jankowicz in den Besitz eines Kurierpasses gelangen konnte.

Der Kurierpaß für Jankowicz ist unter Beobachtung des üblichen Verfahrens ausgestellt worden. Es wird nun gesagt, daß das Verfahren langsam in Fluß gekommen ist, und daß die Communiqués mangelhaft sind. Abgeordneter Vincenz Nagy ruft: Sie sind gefälscht (Großer Lärm.) Graf Bethlen: Ich fordere eine Erklärung für diese Verleumdung! (Beifall rechts.) Anfänglich standen keine anderen Daten zur Verfügung, als daß Jankowicz im Haag festgenommen worden ist, und sich auf Radoffy berufen hat. (Großer Lärm links.) Abgeordneter Ehn (Regierungs-Partei) ruft den Sozialdemokraten zu:

„Was zahlt Ihnen Benesch?"

Der Zuruf verursacht bei den Sozialdemokraten ungeheuren Lärm, der sich erst legt, als der Präsident den Abgeordneten Ehn zur Ordnung ruft. Bethlen fährt fort: Die Frage des Zusammenarbeitens mit der französischen Polizei ist vom Gesichtspunkte der nationalen Souveränität außerordentlich wichtig, haben doch auch wir im Jahre 1914 von den Serben eine politzeiliche Zusammenarbeit gefordert, die damals jedoch verweigert worden ist. Die Regierung ist sich weitgehendsten Zusammenarbeit bereit, sofern diese in internationalen Abmachungen und in den ungarischen Gesetzen eine Grundlage findet. Die Interessen des geschädigten Teiles, namentlich der Banque de France wurden berücksichtigt und außnahmsweise auch die Zustimmung dazu erteilt, daß eine internationale Rechtshilfe gewährt wird, die sich jedoch nicht über die Untersuchung hinaus erstrecken darf. Graf Bethlen sagt sodann über die politischen Hintergrund betrifft, der ebenfalls vollständig aufgedeckt werden muß, so sehen wir, daß die verschiedensten Personen in diese Angelegenheit verwickelt sind: den reichen, eine glänzende, gesellschaftliche Position einnehmenden Windisch-Grätz, den armen zugrunde gegangenen Flüchtling, der auf einem der höchsten Beamtenposten stehenden Radoffy und den sozialdemokratischen Arbeiter. Es ist richtig, daß einzelne Personen

Flügel M. 3600.— Ueber 200 000 im Besitze von Kennern STEINWAY & SONS New-York Hamburg London Berlin W. 9, Friedrich-Ebert-Str. 6 Pianinos M. 2200.—